

Die ZUKUNFT

WENN DIE KPC UNS NICHT KAUFT

www.neveragainrightnow.com

Berlin, Samstag den 29. September 2023

0,00€

Eine Schweigespalte, im Gedenken an die Opfer des Genozids an den Uigur*innen:



VW zahlt 110 Millionen Euro an hinterbliebene Uigur*innen

90 Millionen sollen knapp 8100 identifizierte Opfer und ihre Rechtsnachfolgen erhalten, 20 Millionen sollen an NGOs gehen, die zu den Verbrechen der KPC in der Volksrepublik China forschen. Ob die Opfer noch leben oder Familie, die überlebt hat, ist ungewiss.

VON MISHA GINSBURG

Die Vorstandsvorsitzende Rieckert zeigt sich tief betroffen bei der Veranstaltung am Freitagmittag, bei der die Ergebnisse der firmeninternen Untersuchungen zu den Kooperationen zwischen der Volkswagen AG und der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) während der totalitären Diktatur in der Volksrepublik China offiziell vorgestellt werden. Zeitgleich werden bei einer feierlichen Zeremonie in Ürümqi (China) stellvertretend 800 Schecks an 800 Uigur*innen überreicht, die durch den Konzern Menschenrechtsverletzungen erfahren haben oder die Rechtsnachfolgen der Opfer sind. Stellvertretend,

weil es insgesamt knapp 8100 Betroffene gibt, die nun einen Geldsegen aus Wolfsburg erhalten sollen. Sicher ist, dass es wohl in etlichen Fällen keine Rechtsnachfolgen gibt, da diese schlichtweg tot sind. In den 22 Jahren, in denen die KPC beinahe ungehindert ihren Genozid an der muslimischen Minderheit verrichtete, machte man keinen Unterschied zwischen Männern, Frauen und Kindern.

Worum geht es überhaupt: 2013 eröffnete VW, aufgefordert durch die chinesischen Zentralregierung, ein Werk in der westchinesischen Region Xinjiang – ein Werk, dass zu keinem Zeitpunkt seiner Existenz ökonomisch rentabel war. Im Gegen-

zug durfte der niedersächsische Konzern weitere Fabriken an der chinesischen Ostküste eröffnen. 2014 begann die KPC die Rechte der Uigur*innen immer weiter einzuschränken: Die Ausübung islamischer Riten wurde verboten, die uigurische Sprache, sowie Bücher, Moscheen und ganze Altstädte wurden dem Erdboden gleichgemacht und in der ganzen Region ein orwellischer Überwachungsapparat installiert. 2017 begann man mit der Internierung von Uigur*innen in Konzentrationslagern zum Zwecke der Umerziehung – so die KPC. VW wusste zu diesem Zeitpunkt schon von den Lagern und war seit spätestens seit 2018 in Form von bereitgestellten Zwangsarbeiter*innen

Nutznieser dieser. Bereits 2019 berichtete die SZ in den China Leaks, dass VW eine Kooperation mit der Bewaffneten Volkspolizei unterhalte, einer paramilitärischen Truppe, die die treibende Kraft hinter den Internierungen war.

Heute wissen wir, dass eben diese von VW bezahlten Truppen dafür sorgten, dass uigurische Zwangsarbeiter*innen nicht fliehen konnten und in hunderten von Fällen physische Gewalt in den Werken erfahren haben. Es ist unklar, und leider beantwortet der Bericht von VW diese Frage nicht, zu welchem Zeitpunkt die VW Chefetagen die Vorkommnisse aktiv billigte. Sicher ist jedoch, **Fortsetzung Seite 2 ►**

Ruums! Wütende Schreie, Fäuste die auf Tische schlagen und Fiji-Flaschen, die über den Boden des Konferenzsaales rollen. Ja, in so einer VW-Vorstandssitzung kann es schon heftig zugehen, vor allem wenn mal wieder

Zwangsarbeit kostet, vergessen?!

Eine Glosse von Mordechaj Raveberg

Hunderte Millionen Euro an Zwangsarbeit-Opfer gezahlt und Gerichtsprozesse umgangen werden müssen. Denn mal wieder ist man stumpf den eige-

nen Traditionen gefolgt, anstatt mal aus den eigenen Fehlern zu lernen. Schließlich haben ja auch schon die 4,4 Milliarden Euro ganz schön weh ge-

tan, die VW an die fast 1,7 Millionen ehemaligen Zwangsarbeiter*innen auszahlen musste, die sie zusammen mit dem NS-Regime gehalten haben. Klar, wenn schon mehrere Millionen Menschen auf engsten Raum Jahre

lang festgehalten werden, dann sollten sie auch etwas zu tun haben. Da kommt schon schnell der Gedanke, dass man sie einfach arbeiten lässt und die Erzeugnisse für viel Geld ins Ausland verhöckert. Da ist es den Leuten sowieso egal woher die Ware kommt, Hauptsache preiswert. Aber, dass diese Strategie sich nicht mehr auszahlt, müsste VW doch schon lange wissen?!

Auch im Jahr 2020 kostete die systematische Zusammenarbeit zwischen VW und der Militärdiktatur in Brasilien von 1964 bis 1985 nochmal 5,5 Millionen. Damals wurde die Belegschaft dort ausspioniert, politische Verhaftungen auf dem Werksgelände zugelassen, Folter und Mord wurde geduldet. Hier ist man zwar nochmal mit einem blauen Auge davon gekommen, aber es gab ja auch nur noch 60 lebende Betroffene und Rechtsnachfolger.

Es war eben schon lange klar, dass bei Millionen potentiellen Opfern in Xinjiang es eine kostspielige Angelegenheit wird. Und anhand der bereits gesammelten Erfahrung hätte man sich ja bei VW ausrechnen können, was so ein Uigurisches oder Kasachisches Zwangsarbeiter*innen-Leben wert ist. Wieso dann nicht den neuen Passat einen Tick teurer machen und woanders unter besseren Bedingungen produzieren? Wenn in dieser kapitalistischen Welt Menschenrechte sowieso kein Wert mehr haben, dann klappt es für die Zukunft ja vielleicht mit dieser Überlegung: Wer unter besseren Bedingungen produziert, lockt nicht nur neue Antifa-Kunden, sondern spart auch einen Haufen Schmiergeld. Zwangsarbeit hat sich schon damals nicht gelohnt und im Jahr 2023 sowieso nicht! ■

Das Leid der Uigur*innen

Die Situation war seit 2018 in Europa bekannt, davon zeugen u.a. folgende, damals erschienene Berichte.

Merdan Ghappar ist ein ehem. erfolgreiches Model der E-Commerce-Plattform Taobao, verdiente gutes Geld mit Werbevideos für Bekleidungsmarken. Der 31-Jährige Uigure schreibt an seine Familie aus einem Lager:

„Ich sah 50 bis 60 Personen, die in einem kleinen Raum von nicht mehr als 50 Quadratmetern festgehalten wurden, Männer auf der rechten, Frauen auf der linken Seite. Alle trugen einen so genannten ‚vierteiligen Anzug‘, einen schwarzen Sack über dem Kopf, Handschellen, Beinfesseln und eine Eisenkette, die die Handschellen mit den Fesseln verband. Ich hob den Sack auf meinen Kopf und sagte dem Polizeibeamten, dass die Handschellen so eng seien, dass sie meine Handgelenke verletzten er schrie mich heftig an und sagte: ‚Wenn du die Kapuze wieder abnimmst, werde ich dich zu Tode prügeln.‘ Danach traute ich mich nicht mehr zu sprechen. Hier zu sterben ist das Letzte, was ich will.“

aus dem Tagesspiegel „Grausamer Bericht aus China, am 06.08.2020

„Nach und nach merken wir, dass wir wegen dieser Spritzen keine Periode mehr bekamen.“

Gülbahar Celilova war 1 Jahr und 3 Monate in einem Lager interniert. 2017 wurde sie verhaftet

„Ich war erschöpft, sie brachten mich in einen Raum der mit schweren Metalltüren verschlossen war. Die machten viel Lärm wenn sie geöffnet wurden. Der Raum war ungefähr 20 qm groß und fensterlos. Drinnen waren etwa 40 Frauen, die Hälfte von ihnen stand, die anderen lagen dicht nebeneinander auf dem Boden. Wir trugen alle schwere Ketten an den Füßen. Die Bedingungen waren unerträglich; keine Hygiene, kein Wasser, keine Nahrung. Hinzu kam die Gehirnwäsche. Einmal die Woche zeigten sie und Videos von Xi Jing Ping. Dann mussten wir Selbstkritik aufschreiben. Sie wollten sicherstellen, dass sich unsere Denkweise veränderte. Jeden Montag um 9:55 Uhr mussten wir aufstehen und die chinesische Nationalhymne singen. Den Rest der Woche mussten wir jeden Tag 5 Lieder singen, etwa ... Ohne kommunistische Partei kein neues China, kein neues China... Wenn wir uns weigerten, gaben sie uns nichts zu essen und bestrafte uns. Sie spritzten uns einmal die Woche. Wir mussten unseren Arm durch eine kleine Öffnung in der Tür stecken. Nach und nach merken wir, dass wir wegen dieser Spritzen keine Periode mehr bekamen. Bei mir hörten die Blutungen nach einem Monat auf. Wir dachten an nichts mehr, nichtmal an unsere Familien. Ich wusste nicht mehr wo ich geboren war. Mir war als hätte ich immer im Lager gelebt. Wir spürten weder Kälte noch Hunger. Wie leblose Stücke Fleisch die man dort abgeladen hatte.“

aus der Arte Doku „Die Uiguren – ein Volk in Gefahr“, am 14.05.2019

Ümit Hamit war Vorstandsmitglied im Weltkongress der Uiguren, ein Zusammenschluss uigurischer Exil-Gruppen. Er kam 1969 in Ürümqi zur Welt und lebt seit 1995 in München.

„Die Situation in Ost-Turkestan ist sehr schlecht. In vielen Städten gibt es Aufstände, beispielsweise in Hotan, Ghulja, Karamay, Korla. Von dort bekommen wir überhaupt keine Nachrichten, dort wurden Ausgangssperren verhängt, die Menschen dürfen nur zu bestimmten Zeiten ihre Wohnungen verlassen. Soweit ich weiß, sind in Ghulja junge Menschen nach einer Hochzeit auf die Straße gegangen, um zu demonstrieren. Dabei sollen etwa 90 Menschen erschossen worden sein.“

ntv „Sie jagen und Sie töten uns“, am 09.07.2009

► Fortsetzung Seite 1

dass das ab der ersten Hälfte der 20er Jahre der Fall war und bis 2036 nichts unternommen wurde. Und auch seit dem 2036 die erste Juni Revolution die Volksrepublik ins Chaos stürzte, 2042 die ersten freien Wahlen in China stattfanden und 2049 die Kommission für „Verbrechen nationaler und internationaler Firmen in der VR China“ ihre Arbeit aufnahm, nutze VW die Gelegenheit nicht mit seiner Vergangenheit aufzuräumen. Vielmehr lehnte der Konzern jede Anschuldigung ab und betonte die eigene Unkenntnis.

Die gestern bekanntgegeben Summe ist das Resultat eines Vergleiches, der mehrere Verfahren gegen

VW in China beenden soll, die die Staatsanwaltschaften in Chengdu, Shanghai und Ürümqi seit mehreren Jahren führen.

Aus Wolfsburg hört man derweil demütige Stimmen: „Es ist wichtig, mit diesem negativen Kapitel in der Geschichte Chinas verantwortungsbewusst umzugehen und für Transparenz zu sorgen“, sagt Sybille Rieckert in der Pressekonferenz. Gleichzeitig freue man sich endlich Klarheit in die oftmals unbekanntem Geschehen dieser Jahre zu bringen und eines der ersten Unternehmen zu sein, die sich der eigenen Verantwortung stellen und den Demokratieprozess in der noch jungen, vereinten Demokratischen Republik Chinas

durch Fördermillionen zu unterstützen.

Uigur*innen und Aktivist*innen können über diese Demut nur lächeln. Hanno Schedler, langjähriger Mitarbeiter der Gesellschaft für bedrohte Völker erinnert sich an das Jahr 2020, als das Thema begann eine breitere Öffentlichkeit zu interessieren und ein Zusammenschluss mehrerer NGOs immer wieder mit Demonstrationen und Aktionen darauf aufmerksam machten. Fast auf den Tag genau, vor 43 Jahren, hat man das erste Mal vor der VW Zentrale demonstriert gehabt. Es folgten dutzende Aktionen, die den Konzern direkt adressierten, doch die Führungsetage, um den damaligen Vorstandsvorsitzenden Her-

bert Diess hüllte sich in Schweigen. Die Summe von 110 Millionen Euro, von denen 90 Millionen den Betroffenen zu stehen und 20 Millionen in die Forschung zu den Gewaltverbrechen der KPC fließen soll, ist beachtlich, erinnert jedoch an das Vorgehen des Konzerns bei der Aufarbeitung anderer Menschenrechtsverbrechen in der eigenen Geschichte. So ist es auch 43 Jahre her, dass VW für seine Vergehen während der brasilianischen Militärdiktatur mit einem Millionenbetrag büßte. Heute wissen wir, dass zeitgleich Menschenrechtsverbrechen in China begangen worden sind. Ob man dieses mal was gelernt hat in Wolfsburg – man mag daran zweifeln. ■



Nicht nur VW!

Zwangsarbeit wurde durch lange Lieferketten verschleiert – vom Tech- bis zum Textilgiganten waren alle dabei

Zehntausende Uiguren leisteten nach Recherchen des australischen Thinktanks Australian Strategic Policy Institute (Aspi) Zwangsarbeit in der chinesischen Wirtschaft – auch außerhalb ihrer Heimatprovinz Xinjiang. Unter den betroffenen Firmen sind Zulieferer internationaler Konzerne. Aspi schätzt, dass von 2017 bis 2019 mindestens 80.000 Uiguren als Zwangsarbeiter*innen in ganz China eingesetzt wurden. Die

27 betroffenen Fabriken sollen zahlreiche chinesische sowie internationale Unternehmen wie Apple, Asus, Hitachi, Huawei, Lacoste, Mitsubishi sowie Panasonic beliefern.

Auch deutsche Konzerne wie Adidas, BMW, Bosch, Siemens und Volkswagen werden als Nutznießer der Ausbeutung genannt. Manche der Firmen erhielten direkt Produkte aus diesen Fabriken, andere wiederum profitierten von

Zulieferern, die Zwangsarbeiter*innen einsetzen. Zwar wurde dieses Problem schon mehrmals öffentlich angegriffen, allerdings ohne wesentlichen Erfolg. Die meisten Unternehmen geben entweder an, dass trotz genteiliger Berichte keine direkten vertraglichen Beziehungen zu betroffenen Lieferanten bestehen oder, dass keine Möglichkeit besteht Zwangsarbeit ein Glied weiter unten in ihrer Beschaffungskette ausschließen... von Mori Ravizcki

Es ist gar nicht 2063?!

Wieso machen wir das? Wir, das sind junge jüdische Menschen aus ganz Europa, die seit klein auf Statist*innen sind im Gedächtnistheater. Bei Gedenkveranstaltungen sollen wir das Versprechen „Nie Wieder“ abnicken, doch darauf haben wir kein Bock mehr, denn jedes einzelne Nie wieder ist an Heuchelei nicht zu überbieten, wenn am Tag nach der Rede der nächste Megadeal mit China vorbereitet wird, wenn die NS-Vergangenheit aufgearbeitet wird während Zwangsarbeiter*innen in Xinjiang Autos, Kleidung usw. fertigen und wenn bei dem Thema China und Menschenrechte öffentlich geschwiegen wird. „No one is guilty, but all are responsible“, sagte A. J. Heschel und mit dem gerade Gelesenen, sind Sie Mitwissende geworden und machen sich durch Indifferenz zur/m Mitverantwortliche/n. Nie wieder bedeutet auch für Sie handeln? Dann informieren Sie Freund*innen und Bekannte, schreiben Sie Unternehmen, ändern Sie ihr Konsumverhalten oder schreiben Sie uns, um zu erfahren was noch getan werden kann.